

Aus dem Plenum und den Ausschüssen

„Ländlicher Raum hat Zukunft“

95% der Fläche Thüringens zählen zum ländlichen Raum, fast 80% der Bevölkerung leben dort. Mit diesen Zahlen unterstrich der Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, Dr. Volker Sklenar (CDU), die Bedeutung des ländlichen Raums für den Freistaat. Er konstatierte eine positive Entwicklung seit 1991, geprägt durch den Ausbau und die Erneuerung der Infrastruktur. Doch stehe der ländliche Raum aufgrund der ungünstigen Bevölkerungsentwicklung auch vor großen Herausforderungen, die nur durch regional abgestimmte Strategien zu bewältigen seien. Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft würdigte Dr. Sklenar als wichtige, an Bedeutung zunehmende Wirtschaftsfaktoren.

Für DIE LINKE betonte Dr. Johanna Scheringer-Wright die Brisanz von Abwanderung und Überalterung im ländlichen Raum. Die damit einhergehenden Probleme seien bislang nur unzureichend gelöst. Sie plädierte für eine ver-

stärkte Förderung von Innovationen, etwa im Hinblick auf eine ländliche Energiewende. Frank Kuschel (DIE LINKE) verlangte effiziente Verwaltungsstrukturen als Voraussetzung einer positiven Entwicklung. Auf die Bedeutung einer funktionierenden Infrastruktur für die Lebensqualität im ländlichen Raum verwies Dagmar Becker (SPD). Insbesondere ein flächendeckender, barrierefreier öffentlicher Personennahverkehr sei unabdingbar. Zugleich gelte es, den ländlichen Raum als Naturraum zu stärken, etwa durch die Schaffung bzw. Stärkung von Natur- und Nationalparks.

Seitens der CDU-Fraktion sprach Egon Primas von einem gelungenen Strukturwandel in den ländlichen Regionen und hob die Erfolge der Dorferneuerung hervor. Der ländliche Raum habe seit 1990 wesentlich die „Marke Thüringen“ mitgeprägt. Horst Krauß betonte, dass der ländliche Raum aufgrund seiner Lebensqualität durchaus Zukunft habe.

Entwurf eines Thüringer Bibliotheksgesetzes eingebracht

Als „Schwelbrand im Thüringer Bibliothekswesen“ bezeichnete Hans-Jürgen Döring (SPD), Bezug nehmend auf den Brand der Anna-Amalia-Bibliothek, die Verringerung der Zahl der Thüringer Bibliotheken seit 1990 und ihre schrumpfende finanzielle Ausstattung. Nach Auffassung der Fraktionen der LINKEN und der SPD soll ihr gemeinsamer Entwurf eines Thüringer Bibliotheksgesetzes diese Entwicklung

stoppen. Der Gesetzentwurf, der am 15. November in den Landtag eingebracht wurde, greift, so Dr. Birgit Klaubert (DIE LINKE), eine Initiative des Thüringer Bibliotheksverbandes auf.

Jörg Schwäblein (CDU) betonte, dass trotz sinkender Einwohnerzahlen die Anzahl der Ausleihen im Freistaat konstant geblieben sei. Dies zeige die Qualität der Thüringer Bibliotheken. Am Gesetzentwurf der Opposition kriti-

Haushalts- und Finanzausschuss

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 8. November den Beratungsmarathon zur Haushaltsgesetzgebung 2008/09 beendet. Verhandelt wurden Fragen der Ressorts Soziales und Umwelt. Außerdem wurden die mittelfristige Finanzplanung, der Finanzbericht und die Rahmenvereinbarung II zwischen Landesregierung und Hochschulen beraten.

„Mit der Rahmenvereinbarung, dem sogenannten Hochschulpakt, sollen die Hochschulen Planungssicherheit für die Jahre 2008 bis 2011 erhalten“, so Ausschussvorsitzender Michael Gerstenberger (DIE LINKE). „In den kommenden Monaten soll der Hochschulpakt mit konkreten Vereinbarungen zwischen den einzelnen Hochschulen und dem Land unter setzt werden“.

Thüringen sagt Ja zu Kindern!

Die Kampagne „Thüringen sagt Ja zu Kindern!“ stellte Sozialminister Dr. Klaus Zeh (CDU) im Novemberplenium vor. Angesichts der Kindstötungen, die in den letzten Monaten und Jahren auch die Menschen in Thüringen schockierten, soll die Aktion für mehr Kinderschutz und Kinderfreundlichkeit werben. Sie steht unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski. Beteiligt sind neben dem Landtag und dem Sozialministerium auch der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Thüringische Landeszeitung und Antenne Thüringen. Material zur Aktion ist im Pressereferat des Thüringer Landtags erhältlich.



sierte die CDU-Fraktion die mangelnde Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände und die zu geringe Gewichtung des wissenschaftlichen Auftrags der Bibliotheken. Sie kündigte einen eigenen Entwurf an. Kultusminister Prof. Dr. Jens Goebel (CDU) verwies darauf, dass bislang kein einziges Bundesland über ein Bibliotheksgesetz verfüge. Der Gesetzentwurf wurde in die Ausschüsse überwiesen.

Innenausschuss

Der Entwurf der CDU zum Informationsfreiheitsgesetz, das Bürgern den Zugang zu Informationen der öffentlichen Verwaltung erleichtern soll, wurde vom Innenausschuss am 9. November mehrheitlich angenommen. Dieser und der Gesetzentwurf der SPD gehen nun an den mitberatenden Justizausschuss. „So-



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

Kinder zählen zu den schwächsten Gliedern unserer Gesellschaft. Sie sind in ganz besonderem Maße auf die Fürsorge der Erwachsenen – in allererster Linie ihrer Eltern – angewiesen. Diese Fürsorge steht ihnen zu, denn Kinder haben Rechte – nicht nur das ursprüngliche aller Menschenrechte, das Recht auf Leben, sondern auch das Recht auf körperliche und seelische Entwicklung, auf Bildung, Ernährung und Gesundheit. Es liegt an uns, dass diese Rechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch in der Praxis Bestand haben.

Die jüngsten Fälle von getöteten und misshandelten Kindern in Deutschland lehnen, diese Rechte wirklich ernst zu nehmen, und zwar nicht nur die der eigenen, sondern die aller Kinder. Die Kampagne „Thüringen sagt Ja zu Kindern!“, die der Landtag zusammen mit mehreren Kooperationspartnern durchführt, soll dazu beitragen, in unserem Freistaat eine erhöhte Sensibilität für die Belange von Kindern zu schaffen. Ich wünsche dieser Initiative viel Erfolg und hoffe, dass sie das Bewusstsein schärft für die große Bereicherung, die Kinder für unser Land darstellen.

Ihre

Dagmar Schipanski

Prof. Dr. Dagmar Schipanski
Landtagspräsidentin

fern es zu einer Beschlussempfehlung noch vor der Plenarsitzung im Dezember kommt, kann auch dieses Gesetz noch im laufenden Jahr verabschiedet werden“ so Evelin Groß (CDU), Vorsitzende des Innenausschusses.

Ausstellungen

„Astschleife – Käsehitsche – Rennrodel“

Am 15. November eröffneten Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski, Verkehrsminister und Präsident des Bob- und Schlittenverbandes Deutschlands Andreas Trautvetter sowie der Vorsitzende des Trägervereins Wintersportausstellung Oberhof e. V., Ronaldo Tolksdörfer, im Landtag die Ausstellung „Astschleife – Käsehitsche – Rennrodel“. Die Präsentation begleitet die 40.

Weltmeisterschaften im Rennrodeln 2008 in Oberhof. Mit Originalschlitten und zahlreichen Bildern wird den Besuchern die Kulturgeschichte des Schlittens lebendig vor Augen geführt. Dabei spannt sich der Bogen von den antiken Hochkulturen bis ins 21. Jahrhundert. **Die Ausstellung ist zu sehen bis zum 10. Dezember 2007, Montag bis Freitag von 8.00 bis 17.00 Uhr. Der Eintritt ist frei.**



Landtagspräsidentin Prof. Dr. Schipanski und Verkehrsminister Trautvetter erproben einen der ausgestellten Schlitten. Rechts Jan Knapp vom Wintersportmuseum Oberhof

Veranstaltungen

Joachim Gauck Festredner am Tag der Verfassung und des Landtags

Mit einer Festveranstaltung beging der Thüringer Landtag am 25. Oktober den 17. Jahrestag seiner Konstituierung und den 14. Jahrestag der Verabschiedung der Thüringer Verfassung.

Die Festrede hielt Dr. h. c. Joachim Gauck, Mitbegründer des Neuen Forums und späterer Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Er appellierte an die Bürger in Ostdeutschland, sich auf die vor 18 Jahren errungene Freiheit einzulassen. „Freiheit ermächtigt zur Verantwortung und ruft auf zu einem Leben für selbst bestimmte Ziele“, so der bekannte Bürgerrechtler. Außerdem diskutierten Preisträger des Wettbewerbs „Jugend debattiert“ zum Thema „Soll die NPD verboten werden?“ Mit dabei war auch die diesjährige Thüringer Landesiegerin Isabel Gemmecke aus Weimar.

Besuch

Parlamentsdelegation aus Laos zu Gast im Thüringer Landtag



Eine Delegation der laotischen Nationalversammlung besuchte am 12. November den Thüringer Landtag. Präsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski empfing die Gäste, die sich nach einem Gang durch das Gebäude in das Ehrenbuch des Landtags eintrugen. Am Abend zuvor hatte Prof. Schipanski mit den Gästen bereits Gespräche über die Themen Föderalismus, Gesetzgebung, wirtschaftliche Kooperation und Denkmalpflege geführt. Die Delegation befand sich auf Einladung von Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert vom 11. bis 16. November in Deutschland. Ihr gehörten neben dem Präsidenten der Nationalversammlung von Laos, Thongsing Thammanvong, auch der Direktor und weitere Mitglieder der Nationalversammlung an.

CDU

Die CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72206
Fax: 0361 37 72520
www.thl-cdu.de

CDU-Fraktion macht sich für Bibliotheken stark

Die CDU-Landtagsfraktion wird ein Bibliotheksgesetz für Thüringen auf den Weg bringen. Das hat der kulturpolitische Sprecher Jörg Schwäblein angekündigt. Dabei handelt es sich um den Entwurf des Thüringer Bibliotheksverbandes, der jedoch weiterentwickelt werden soll. So werden auch die Ergebnisse der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ des Bundestages einfließen. Bis Ende Dezember will die Kommission Vorschläge für Bibliotheksgesetze auf Länderebene vorlegen. Ein Entwurf der Opposition wird im Ausschuss weiterberaten. Als Erfolg für die Bibliotheken wertet Schwäblein auch die Haushaltsberatungen seiner Fraktion. So erhalten Bibliotheken, Jugendkunst- und Musikschulen zusätzliche Landesmittel.

Primas: Freistaat setzt weiter auf seine ländlichen Strukturen Ländlicher Raum hat Zukunft - starke Regionen in Thüringen

In seiner Regierungserklärung hat der Thüringer Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, Dr. Volker Sklenar, auf die positive Entwicklung der ländlichen Regionen aufmerksam gemacht und die zukünftigen Förderungen und Stellen des ländlichen Raumes als wichtige Lebens-, Wirtschafts-, Natur- und Kulturräume benannt. Dabei erhielt der Minister von der CDU-Landtagsfraktion breite Zustimmung. „Der Erhalt bestehender und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sind die zentralen Herausforderungen und Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume“, sagte der agrarpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Egon Primas. Die Landwirtschaft als innovativer und multifunktionaler Wirtschaftszweig und tragende Säule für die Stabi-



Agrarpolitischer Sprecher der CDU Fraktion, Egon Primas

lität der ländlichen Regionen müsse weiterentwickelt werden. Nur so könnten die Thüringer Agrarbetriebe die europäischen Global Player in der Branche bleiben. Primas stellte auch die Bedeutung erneuerbarer Energien heraus. Nach einer aktuellen Meldung des Landesamtes für Statistik ist Thüringen das Bundesland mit dem höchsten Anteil erneuerbarer Energieträger am Primärenergieverbrauch. Den wesentlichen Beitrag er-

neuerbarer Energien liefere die Biomasse aus dem ländlichen Raum. Mit Hilfe des Thüringer Bioenergieprogramms sollen bis zum Jahr 2020 etwa 20 Prozent des Primärenergiebedarfs allein durch Biomasse abgedeckt werden. Damit nimmt Thüringen nicht nur bei den erneuerbaren Energien, sondern auch insgesamt beim Klimaschutz einen Spitzenplatz in Deutschland ein. Der CDU-Landtagsabgeordnete Egon Primas begrüßte die Ankündigung des Landwirtschaftsministers, dass die Landesregierung in den kommenden Monaten mit allen Ressorts ein Konzept zur Entwicklung des ländlichen Raums erarbeiten wolle. Dabei gelte es auch, sich geänderten Rahmenbedingungen und der demografischen Entwicklung zu stellen.

Notwendigkeit der 380-kV-Trasse widerlegt

Gemeinsam mit anderen Bürgermeistern, deren Kommunen von der 380-kV-Trasse des Energiekonzerns Vattenfall betroffen sein würden, hatte die Abgeordnete der Landtagsfraktion DIE LINKE und Bürgermeisterin von Großbreitenbach, Petra Enders, am Rande der Landtagssitzung am 15. November einen Forderungskatalog an Ministerpräsident Dieter Althaus übergeben. Eindringlich appellierten sie, dass das von den Bürgerinitiativen beim renommierten Energiewirtschaftsexperten Prof. Lorenz Jarass in Auftrag gegebene Gutachten anerkannt wird. „Es widerlegt klipp und klar die Notwendigkeit der Starkstromtrasse“, betonte die Abgeordnete.



Klarer Widerspruch zum Auftrag der öffentlichen Daseinsvorsorge



„Für Streikrecht – gegen Bahnprivatisierung“, lautete die Positionierung der Landtagsfraktion der LINKEN mit einer Aktion vor dem Erfurter Hauptbahnhof zeitgleich zum Streik der Gewerkschaft der Lokomotivführer. Benno Lemke, Sprecher für Verkehrspolitik, betonte, „verantwortungsvolle Funktionen müssen auch angemessen bezahlt werden“. Im Rahmen der Kampagne der LINKEN „Öffentlich! Weil's wichtig für alle ist“, die sich gegen den um sich greifenden Deregulierungs- und Privatisierungswahn richtet, informierte die Fraktion Passanten und Fahrgäste über die

Folgen des geplanten Börsengangs der Deutschen Bahn. Dazu würden vor allem weitere Streckenstilllegungen gehören – ein klarer Widerspruch zum Auftrag der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dabei habe bereits Großbritannien gezeigt, dass die einseitige Ausrichtung der privaten Bahnbetreiber auf möglichst hohe Gewinne den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur vernachlässigt und die Sicherheit der Reisenden gefährdet. Auf diese kämen sehr wahrscheinlich auch noch höhere Kosten zu, erheblich steigen würde der Druck auf die Arbeitsplätze der Bahnbeschäftigten.

Änderungen für mehr soziale Gerechtigkeit

„Unter den gegebenen Bedingungen das Mögliche für mehr soziale Gerechtigkeit in Thüringen umsetzen“, nannte Dieter Hausold, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, das Ziel der Änderungsanträge seiner Fraktion für den Doppelhaushalt 2008/09. In einer Klausur hatte sie sich auf 21 Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf verständigt. Angesichts des – durch die Politik der CDU-Landesregierung angehäuften – Schuldenberges ist DIE LINKE zu der unvernehmlichen Position gekommen, dass es dabei keine Erhöhung der Neuverschuldung geben soll. Zu den Schwerpunkten gehören die Arbeitsförderung, eine Sozial- sowie eine Jugendpauschale, ein gemeinsamer Antrag mit der SPD für eine bessere Familienpolitik und ein Maßnahmenbündel zur Stärkung der Demokratie mit einem breiteren Ansatz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

ICE-Strecke München-Berlin: Tiefensee optimistisch

Die Begeisterung für sein Resort war Bundesminister Wolfgang Tiefensee bei der zurückliegenden SPD-Veranstaltung „Bildung 21“ deutlich anzumerken: Über eine Stunde referierte er über die „Herausforderungen in der Verkehrspolitik“ auf Straße, Schiene, im Wasser und in der Luft. Sein Fazit: Neue Entwicklungen wie die geplante Bahnprivatisierung oder der Ausbau von Wasserstraßen und Häfen sollten die Menschen nicht verteuern, sondern sich die Vorteile vor Augen halten. Und auch Widersprüchliches zur Kenntnis nehmen. Die ungeliebten LKW seien beispielsweise Fahrzeuge, die nachweislich die wenigsten schweren Unfälle verursachen – zumindest auf Autobahnen. Tiefensee äußerte die Hoffnung, dass die ICE-Strecke München-Berlin über Erfurt in 10 Jahren fertig sein könnte – vorausgesetzt, der Bund stellt das dafür nötige Geld zur Verfügung.

SPD-Fraktion kämpft für Mindestlöhne CDU-Regierung soll Bundesratsinitiative unterstützen/ Fraktion will auch Leiharbeit stärker thematisieren

Etwa hundert Menschen versammelten sich während des Oktober-Plenums vor dem Landtag, um im Rahmen einer Aktionswoche für gesetzliche Mindestlöhne zu demonstrieren. In einer gemeinsamen Pressekonferenz, an der neben Thüringens DGB-Chef Steffen Lemme auch Vertreter der Linken teilnah-

men, sprach sich Christoph Matschie erneut für eine schnellstmögliche Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes aus. Von 2009 an gelte die EU-weite Dienstleistungsrichtlinie, nach der sich Arbeitnehmer frei in Europa bewegen dürften.

„Das erhöht den Druck auf die Löhne“, sagte Matschie. Der Fraktionsvorsitzende verwies darauf, dass in Thüringen Stundenlöhne von unter 4 Euro keine Ausnahme seien. Viele Menschen seien deshalb nicht in der Lage, von ihrer Hände Arbeit zu leben. Ein gesetzlicher Mindestlohn



Die Forderung nach der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes stand im Mittelpunkt einer landesweiten Aktionswoche im Oktober. Am 11. Oktober wurde vor dem Landtag demonstriert, links im Bild Christoph Matschie, hinter ihm Dr. Hartmut Schubert, der Wirtschaftsexperte der Fraktion.

solle deshalb so schnell wie möglich eingeführt werden – und zwar möglichst in allen Branchen.

Trotz der Fakten – einer eklatanten Unterbezahlung vieler Thüringer in verschiedenen Branchen – scheiterte die SPD-Fraktion im Oktober-Plenum mit einem Antrag an die Thüringer Landesregierung. Diese solle eine Initiative des Landes Rheinland-Pfalz zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns im Bundesrat unterstützen. Matschie sprach sich erneut dafür aus, auch die Zustände in der Leiharbeitsbranche stärker als bisher zu thematisieren. Auch dazu sei die SPD-Fraktion bereits mit einem Plenarantrag aktiv geworden.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen

Tel.: 0361 37 71871

Fax: 0361 37 71872

E-Mail:
buergerbe@bueb.thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die
Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR

Tel.: 0361 37 71951

Fax: 0361 37 71952

E-Mail:
tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den
Datenschutz

Tel.: 0361 37 71900

Fax: 0361 37 71904

E-Mail:
poststelle@datenschutz.thue-
ringen.de
www.datenschutz.thueringen.de

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint
monatlich in Form eines
Newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei so-
wohl über den Postweg als
auch über E-Mail (als pdf-Da-
tei) möglich.

Wenn Sie den Landtags-
kurier bestellen möchten,
schreiben Sie uns eine

E-Mail:
Pressestelle@
Landtag.Thueringen.de

oder rufen Sie uns an:

Telefon: 0361 37 72006



Der Datenschutz- beauftragte

74. Konferenz der Daten- schutzbeauftragten des Bundes und der Länder

Die 74. Konferenz der Daten-
schutzbeauftragten des Bundes
und der Länder fand am 25. und
26. Oktober 2007 unter dem Vor-
sitz des Thüringer Landesbeauf-
tragten für den Datenschutz in
Saalfeld statt. Im Mittelpunkt der
Beratung stand sowohl das sen-
sible Verhältnis zwischen Freiheit
und Sicherheit als auch eine Ent-
wicklung in Staat und Wirtschaft,
immer größere zentrale Daten-
bestände anzulegen bzw. dezentra-
le Datenbanken miteinander
zu verknüpfen. So wurde die von
der Bundesregierung geplante
Legalisierung der heimlichen On-
line-Durchsuchung privater Com-
puter durch staatliche Stellen
u. a. wegen des nicht zu garan-
tierenden Schutzes des Kernbe-
reichs privater Lebensgestaltung
scharf kritisiert. Die Datenschutz-
konferenz forderte, die Entschei-
dung des Bundesverfassungs-
gerichts in dem Verfahren ge-
gen die Online-Durchsuchung im
Verfassungsschutzgesetz Nord-
rhein-Westfalens abzuwarten.
Ein Beispiel für die Einführung
zentraler Datenbanken ist die zen-
trale Steuerdatei beim Bundes-
zentralamt für Steuern, die ak-
tuell eingerichtet wird und in
der u. a. die Steueridentifikations-
nummer (Steuer-ID) gespeichert
werden soll. Es besteht die Sorge,
dass mit dieser umfassenden
Datensammlung beim Bundes-
zentralamt für Steuern ein ein-
zigartiger aktueller Datenpool
aller Bundesbürgerinnen und
-bürger entsteht, der wesentliche
Meldedaten, Bankkontenstamm-
daten und Steuerdaten zentral
verknüpfen kann und damit je-
denfalls technisch die Möglich-
keit zur Profilbildung vorhanden
wäre. Die Steueridentifizierungs-
nummer würde sich auch in der
Wirtschaft als Instrument zur Er-
stellung von Persönlichkeitspro-
filen eignen, indem mit ihr be-
reits angelegte umfangreiche
zentrale oder dezentrale Daten-
sammlungen erschlossen werden
können. Damit besteht die Ge-
fahr der Schaffung eines ver-
fassungsgesetzlich unzulässigen
allgemeinen Personenkenntnis-
zeichens. Die Tagesordnung und die
von der Konferenz verabschie-
deten Entschlüsse sind auf der
Internetseite des TlFD unter
www.datenschutz.thueringen.de
abrufbar.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Stasi-Akten-Behörde braucht Zukunft

Die Behörde der Bundesbeauf-
tragten für die Stasiunterlagen ist in die
Kritik gekommen. Die Vorbehalte
kommen aus unaufgeklärten Äng-
sten vor dem Akteninhalt, aus apolo-
getischen Interessen und DDR-Nos-
talgie und aus der Unzufriedenheit
von Forschern, die die interne Be-
hördenforschung bevorteilt sehen.
Kritiker fordern die baldige Abwick-
lung und die Übergabe der Bestän-
de an das Bundesarchiv und die Lan-
desarchive. Damit wären große Teile
der fast ausschließlich personenbe-
zogenen Akten nicht mehr zugäng-
lich. Die Opfer der Stasi müssten lan-
ge Wege und mehrere Anträge in
Kauf nehmen, um vollständige Ak-
teneinsicht zu erhalten. Der Schutz
von Opfern (auch in den Akten an-
derer) wäre nicht mehr gewährleistet.
Die Akten von Tätern, heute zugäng-
lich, dürften nur mit ihrer Einwilli-
gung heraus gegeben werden. Das
bedeutet Täterschutz. **Die Bestands-
Aufteilung an die Länder führt zu
unterschiedlicher Zugänglichkeit
der Akten.** Einige Ursachen für die-
se Diskussion liegen in der Behörde
selbst, andere im Stasiunterlagenge-
setz. Die BStU muss ihre Arbeit ver-
bessern. Die Erschließung der „ope-
rativen“ MfS-Akten muss zügiger
vorankommen. Schwärzungen dür-
fen nur im notwendigen Umfang
vorgenommen werden. Externe For-
schungsanträge dürfen durch Behör-
denforschung nicht blockiert wer-
den. Die ehemaligen MfS-Mitarbei-
ter müssen die Behörde verlassen –
auch wenn ihnen kein persönliches
Verschulden vorgeworfen wird.
Andere Dinge muss der Bundestag
regeln. Durch eine institutionelle
Stärkung des Beirats könnte der Bun-
destag seiner Kontrollpflicht über
die Behörde nachkommen. Als Ge-
setzgeber muss er z.B. den Haushalt
mit Mitteln für die Aktenrekonstruk-
tion und die Anschaffung geeigneter
Hard- und Software für die archiva-
rische Erschließung ausstatten. Die
Regeln für die Akteneinsicht müssen
regelmäßig überprüft werden. So
wurde erst Ende 2006 die 30-Jahres-
Frist für Verstorbene eingeführt. Als
wichtigste Institution der Aufarbei-
tung des SED-Regimes ist die Behör-
de auch zukünftig unverzichtbar. Sie
braucht eine Bestandsgarantie bis
2019 und eine innere Reform. Dies
wäre die Weiterentwicklung der in
der Friedlichen Revolution erzwun-
genen weltweit ersten öffentlichen
Aufarbeitung einer politischen Ge-
heimpolizei.

Die Bürgerbeauftragte

Das neue Thüringer Bürgerbeauftragten- gesetz in Anwendung

Das Amt der Bürgerbeauftrag-
ten des Freistaats Thüringen
übe ich seit meiner Wahl im
Thüringer Landtag am 22. Juni
2007 aus. Das Thüringer Bür-
gerbeauftragtengesetz (Thür-
BüBG) wurde, wie auch das
Thüringer Gesetz über das Pe-
titionswesen (ThürPetG), im
Mai dieses Jahres novelliert
und trat mit Wirkung vom 1.
Juni 2007 in Kraft.

Von meinem Recht, Bürger-
sprechstunden und Ortster-
mine durchzuführen, habe
ich bisher rege Gebrauch ge-
macht. Bis Mitte November
wurden insgesamt 11 auswärti-
ge Bürgersprechtag, 17 Bür-
gersprechtag in der Dienst-
stelle in Erfurt und 15 Ortster-
mine durchgeführt. Selbstver-
ständig fanden auch Sprech-
stunden zu Bürgeranliegen
außerhalb dieser Termine auf
Wunsch der Bürgerinnen und
Bürger statt.

Da die auswärtigen Bürger-
sprechtag von den Bürge-
rinnen und Bürgern sehr gut
angenommen werden, möch-
te ich diesen Service im Jahr
2008 noch verstärken. Dahin-
gehend beabsichtige ich, im
Jahr 2008 wöchentlich einen
auswärtigen Bürgersprechtag
durchzuführen. Dies wird al-
lerdings nur realisierbar sein,
wenn es nicht zu den vorgese-
henen Kürzungen im Stellen-
plan der Dienststelle „Bürger-
beauftragter“ des Thüringer
Landtags kommt.

Die Zusammenarbeit mit dem
Petitionsausschuss des Thürin-
ger Landtags gestaltet sich aus
meiner Sicht sehr gut. Bislang
habe ich vom Petitionsaus-
schuss des Thüringer Landtags
fünf Prüfaufträge erhalten.

Anfang des Jahres 2008 wer-
de ich meinen ersten Bericht
zur Arbeit im vorangegan-
genen Jahr, also 2007, vorlegen
und dabei näher auf die vorlie-
genden Bürgeranliegen eingehen.

Silvia Liebaug